

Kinderarzt  
im Raum  
Waiblingen  
dringend  
gesucht

▶ Seite C 1

# Winnender Zeitung

www.winnender-zeitung.de

Der ideale  
Werbeträger

Ihre Tageszeitung!  
Telefon 07151-566-0



Zeitungsverlag Waiblingen E 5759

Samstag, 3. / Sonntag, 4. Juni 2017

167. Jahrgang Nr. 127 2,00 Euro

## Winnenden

### Boehringer-Schule: Rektor und Konrektor werden gehen

Für Gemeinschaftsschule in  
Schwaikheim neuer Rektor in Sicht  
▶ Seite B 1

## Berglen

### Die Landfrauen weichen aus in die Gymnastikhalle

Mitglieder stimmen dem Umzug in  
einer Versammlung zu  
▶ Seite B 3

## Rems-Murr

### Der Weg zurück in die beschützende Werkstatt

Wenn die Inklusion Menschen mit  
Behinderung überfordert  
▶ Seite C 2

## Rems-Murr

### MPG-Schüler arbeiten hart am Groove

Der Meister an der Trompete Joo Kraus kam nach Schorndorf, um die drei Jazz-Formationen des Max-Planck-Gymnasiums in Workshops zu trainieren. Das Abschlusskonzert zeigte, dass da auf der Basis von eh schon bestens Gewachsenem nochmals neue Höhen erklommen wurden – in Sachen Groove und Freiheit zur Improvisation.  
▶ Seite D 1



Joo Kraus unterstützt die Midi-Band des Max-Planck-Gymnasiums.  
Bild: Habermann

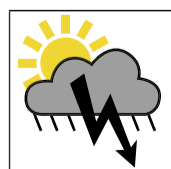
## Wir sind für Sie da

Aboservice (07151) 566-444  
aboservice@zvw.de  
8.00 - 12.00 Uhr

## Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
12822,94 Pkt. +158,02 Pkt.	3591,82 Pkt. +24,80 Pkt.	1,1216 Dollar -0,09 Cent

## Wetter



Mittags 29°  
Nachts 15°  
Ab Mittag Gewitter  
mit Unwettergefahr



## Fröhliches Afrikafest in Winnender Realschule



Das fröhliche Afrikafest in der Albertville-Realschule hat sich nach dem schrecklichen Erlebnis des Amoklaufs entwickelt. Vier Jahre danach wollten die Schüler jemandem etwas von der großen Hilfe zurückgeben. Der Kontakt zu einer Schule in Hoachanas, Namibia, wird immer enger und die Winnender Schüler sammeln Geld, um ihren Brieffreunden Essen und Hausaufgabenbetreuung zu ermöglichen.  
▶ Seite B 1

## Bei den Klimazielen muss auch der Südwesten passen

Untersteller: Äußere Faktoren verantwortlich – Verheerendes Echo auf Trumps Entscheidung

Grünen-Politiker im Südwesten sind fassungslos über den Ausstieg der USA aus dem Weltklimapakt. Doch auch Baden-Württemberg wird seine selbst gesteckten Klimaziele nicht erreichen.

VON CHRISTOPH LINK  
UND MICHAEL WEISSENBORN

STUTTGART. Mit scharfen Worten haben Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Landesumweltminister Franz Untersteller (beide Grüne) den Ausstieg der USA aus dem Weltklimavertrag kritisiert. US-Präsident Donald Trump wird keine nationalen Klimaschutzziele vorlegen, aber Baden-Würt-

temberg wird seine selbst gesteckten Klimaziele auch nicht erreichen: Das Land wollte den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 25 Prozent senken im Vergleich zu 1990 und bis 2050 um 90 Prozent – das sei nicht zu schaffen, räumte Untersteller ein. Um zwei Prozent – und „wenn es schlecht läuft, um sechs Prozent“ – werde man die Ziele verfehlen.

Das Ministerium machte am Freitag die Rahmenbedingungen des Bundes und der EU dafür verantwortlich: „Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde gedeckelt, der europäische Handel mit Emissionszertifikaten liegt darnieder, und die steuerliche Abschreibung von einer energetischen Gebäudesanierung kommt nicht voran.“ Auch der niedrige Ölpreis spielt eine Rolle – alles Faktoren, die das Land nicht beeinflussen könne.

„Die Grünen merken jetzt, was die FDP seit Langem sagt: Wenn Länder und Städte nicht die Rahmenbedingungen setzen können, macht es doch keinen Sinn, länderspezifische oder gar kommunale Ziele für Emissionsminderungen vorzugeben“, sagte der Energie-Experte der Landtags-FDP, Andreas Glück.

Das internationale Echo auf die Entscheidung der USA ist verheerend. Der US-Präsident will einen Ersatz-Deal – doch Europa winkt ab. „Behauptet Europa eine unabhängige Vision, kann es den USA helfen, durch die Wirren von Trumps Politik zu steuern“, sagte der frühere US-Botschafter John Kornblum unserer Zeitung. Dabei komme Deutschland eine entscheidende Rolle zu.  
▶ Leitartikel Seite 2  
▶ Seite 3

### „Rock am Ring“ wegen Terrorgefahr abgebrochen

NÜRBURG (dpa). Das Festival „Rock am Ring“ ist wegen Terrorgefahr unterbrochen worden. Die Polizei habe aufgrund einer „terroristischen Gefährdungslage“ die Veranstalter des dreitägigen Rockfestivals am Freitagabend angewiesen, die Besucher zum Verlassen des Geländes aufzufordern, teilten die Organisatoren mit. Die zuständige Polizei in Koblenz teilte am Abend mit: „Hintergrund sind konkrete Hinweise, aufgrund derer eine mögliche terroristische Gefährdung nicht auszuschließen ist. Derzeit laufen Ermittlungen mit Hochdruck.“ Auf dem Festivalgelände waren folgende Durchsagen zu hören: „Wegen einer terroristischen Bedrohungslage wird das Festival für heute abgebrochen. Wir hoffen, dass es morgen weitergeht. Bitte begeben euch zu den Ausgängen.“  
▶ Seite 2

### Hätte, hätte, Fahrradkette

Die Welt wäre ein besserer Ort, würden sich alle etwas mehr anstrengen. An diesem Samstag zum Beispiel ist der europäische Tag des Fahrrads, da könnte man mal was für die Umwelt tun, das Auto stehen lassen, in die Pedale treten. Leider ist es zu warm. Hätten Drahtesel eine Klimaanlage, würden viel mehr Menschen Rad fahren. Für die nächsten Tage ist dann Regen angesagt. Da wäre es ganz gut, hätte so ein Rad ein schützendes Dach und ein Bodenblech. Das würde gut ankommen. Egal, es gibt auch Alternativen zum Radfahren: Wer beim besten Willen nicht auf das Auto verzichten kann, sollte wenigstens US-Präsident Trump möglichst lautstark dafür kritisieren, dass der aus dem weltweiten Klimaabkommen aussteigen will. (rai)

### Finanzieller Spielraum für den VfB-Sportchef

STUTTGART (StN). Nach dem Votum der Mitglieder des VfB Stuttgart für eine Ausgliederung der Profisparte in eine Aktiengesellschaft plant der Aufsteiger in die Fußball-Bundesliga die Zukunft. „Wir haben einen größeren Spielraum für Transfers und den Spieleretat“, sagt Jan Schindlmeier. Die Summe von 50 Millionen Euro wird aber nicht erreicht. „Es ist deutlich weniger“, sagt der Sportvorstand. Ohne die Ausgliederung wäre der Spielraum allerdings „minimal“ gewesen.

Von der Daimler AG, die als Ankerinvestor fungiert, bekommt der VfB 41,5 Millionen Euro, die Summe kann aber nicht direkt in den Kader investiert werden. „Wir brauchen Reserven, um reagieren zu können“, sagt Schindlmeier. Zudem werden Infrastrukturprojekte umgesetzt.

## Audi-Chef Stadler legt sich mit Dobrindt an

Verkehrsminister brockt dem Autobauer neue Ermittlungen der Justiz ein und erntet dafür scharfe Kritik aus Ingolstadt

VON KLAUS KÖSTER

STUTTGART. Im Skandal um manipulierte Messwerte bei Dieselaugabgasen gerät nun auch Audi verstärkt in den Fokus deutscher Staatsanwälte. Nachdem Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt erklärt hatte, dass Audi nicht nur in den USA, sondern auch in Europa illegale Software verwendet habe, weitete die Staatsanwaltschaft München ihre Ermittlungen aus. Sie prüft nun, ob bei 24 000 Oberklassefahrzeugen der

Baureihen A7 und A8 eine Getriebesoftware eingesetzt wurde, die über eine sogenannte Lenkwinkelerkennung gesteuert wird. Wird die Lenkung um höchstens 15 Grad eingeschlagen, folgert die Software demnach, dass sich das Fahrzeug auf einem Prüfstand befindet, und senkt die Abgaswerte. Dabei wird das Getriebe so eingestellt, dass der Motor in einem schadstoffarmen Drehzahlbereich betrieben wird. Steigt der Lenkwinkel über die 15 Grad, steigen auch die Stickoxidwerte wieder an.

Der VW-Konzern, zu dem auch Audi gehört, bestreitet den Einsatz von Software, die gegen EU-Recht verstößt. Bisher hatten Staatsanwälte gegen Audi lediglich wegen Manipulationen in den USA ermittelt.

Audi-Chef Rupert Stadler kritisierte Dobrindts Aussagen scharf. „Dass Herr Dobrindt allein vorprescht, hat mich persönlich sehr enttäuscht“, sagte Stadler der „Automobilwoche“.

Man habe den Behörden Auffälligkeiten mitgeteilt und das weitere Vorgehen gemein-

sam kommunizieren wollen. In den vergangenen Wochen hat die Justiz ihre Ermittlungen in der Diesel-Affäre auch in der Region Stuttgart stark ausgeweitet.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt gegen Daimler wegen Betrugs und verbotener Werbung sowie gegen einen Mitarbeiter wegen des Verdachts der versuchten Strafreitelung. Gegen den Stuttgarter Bosch-Konzern ermittelt die Justiz wegen Beihilfe zum Betrug.  
▶ Kommentar

**Wochenende**  
24 Seiten  
Wochenende  
**Urlaub in der Türkei: Geht's noch?**  
Wie sich das Ferienparadies der Deutschen in Zeiten von Tyrannei und Terror verändert.

## Kommentar

### Salamitaktik

Audi gibt zu, was nicht abzustreiten ist – das schafft kein Vertrauen

VON KLAUS KÖSTER

Bald kann der VW-Dieselskandal seinen zweiten Geburtstag begehen. Doch die VW-Tochter Audi tut noch immer so, als sei die gigantische Affäre um manipulierte Schadstoffmessungen wie ein Findelkind zu ihr gekommen. Kein Wunder, dass nun selbst Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt die Geduld verlor, der ansonsten keine Gelegenheit auslässt, seine bayerischen Autobauer mit staatlichen Wohltaten wie etwa Teststrecken für selbstfahrende Autos zu versorgen. Wenn Dobrindt öffentlich erklärt, es bestehe der Verdacht, dass Audi auch in Deutschland illegale Software eingesetzt habe, muss in Ingolstadt Alarmstufe Rot herrschen. Dieser Verdacht ist zwar kein Schuld-spruch – doch gerade Dobrindt hat bisher nicht gerade durch vorschnelle Verdächtigungen von sich reden gemacht. Dass die Staatsanwaltschaft nun ihre Ermittlungen ausweitet, ist da nur logisch.

Dabei sind die Vorwürfe Dobrindts keineswegs überraschend: Bis heute steht der VW-Konzern auf dem Standpunkt, er habe zwar die Käufer in den USA hinter Licht geführt, die Kunden in Europa aber absolut korrekt behandelt. Das mag in den Prozessen gegen die eigenen Kunden taktisch sinnvoll sein – als strategische Ansage eines Weltkonzerns ist es aber schwer erträglich. Dass Audi-Chef und VW-Vorstand Rupert Stadler in dieser kritischen Phase mit einem neuen Vertrag über komfortable fünf Jahre ausgestattet wurde, zeugt daher von einer ordentlichen Portion Wagenburgmentalität.

Längst hat der VW-Skandal die gesamte Autobranche in seinen Strudel hineingezogen. Aus diesem werden die Autobauer sicher nicht herausfinden, wenn sie wie Audi immer nur das zugeben, was nicht mehr zu bestreiten ist. Auch deshalb tut sich die Branche so schwer, Vertrauen zurückzugewinnen.

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de